



Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba
E-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 06.06.2008

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 12. Juni 2008, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 30.04.2008
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **08-F-25-0078**
Integrationskonferenz für Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 03.06.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die LH Wiesbaden setzt sich für einen weiteren Ausbau der Vernetzung zwischen den Trägern der Integrationsarbeit ein. Um diese Vernetzung zu gewährleisten, richtet die Stadt eine ‚Integrationskonferenz‘ ein.
2. Darüber hinaus hat die Integrationskonferenz die Aufgabe, das Dezernat für Bürgerangelegenheiten und Integration
 - a) in integrationspolitischen Fragen, speziell
 - b) bei der weiteren Umsetzung des Wiesbadener Integrationskonzepts und der Integrationsvereinbarung zu beraten.
3. Der Magistrat wird deshalb gebeten, ein Konzept zur Einrichtung der Integrationskonferenz zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Dieses Konzept soll einen Vorschlag zur Zusammensetzung der Konferenz enthalten.
5. Durch die Einrichtung der Integrationskonferenz erfolgt keinerlei Beschränkung von Aufgaben und Stellenwert des Ausländerbeirates.

5. 08-F-01-0065

Erinnern und Mahnen

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 04.06.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden bedauert außerordentlich die Absage der renommierten US-amerikanischen Künstlerin Jenny Holzer zur Realisierung ihres von der Stadt ausgewählten und bereits angekauften Entwurfs für ein künstlerisch gestaltetes Mahnmal im Zentrum Wiesbadens. Sie respektiert diese Entscheidung, sieht damit allerdings keineswegs ihre Verpflichtung zur weiteren intensiven Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft für erledigt an.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird sich auch weiterhin intensiv um die Erhaltung, Pflege und ggf. den Ausbau so genannter authentischer Orte bzw. dezentraler Gedenkstätten kümmern.

Darüber hinaus soll zielgerichtet erörtert werden, wie nun an Stelle des geplanten Mahnmals der damit verfolgten Intention in angemessener Weise Rechnung getragen werden kann.

Mit diesem Ziel fordert die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat auf, baldmöglichst ein Symposium zu organisieren, auf dem Fachleute unterschiedlicher wissenschaftlicher Fachrichtungen die Frage zeitgemäßer Formen der Erinnerungsarbeit beraten. Dabei sollen unter dem Arbeitstitel „ERINNERN - MAHNEN - DEMOKRATIE BEWAHREN. Zeitgemäße Formen zukunftsgerichteten Gedenkens im öffentlichen Raum“ Alternativen diskutiert werden, die das Thema Gewaltherrschaft und Widerstand gerade auch an die junge Generation heranzutragen vermögen und eine aktive, handlungsorientierte Erinnerungsarbeit leisten bzw. unterstützen können.

6. 08-F-25-0076

Ziele der Integrationsvereinbarung umsetzen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 03.06.2008 -

Vorbemerkung:

In § 10 der „Vereinbarung zur gemeinsamen Förderung der Integration durch Zusammenarbeit“ verpflichtet sich die Stadt Wiesbaden, sich dafür einzusetzen, dass in Kliniken und anderen Einrichtungen, in denen eine seelsorgerische Betreuung üblich ist, Mitglieder der verschiedenen Wiesbadener islamischen Gemeinden zur seelsorgerischen Betreuung zugelassen werden.

Probleme bei der Umsetzung ergeben sich dabei unter anderem durch das Fehlen von Strukturen und Personal auf Seiten der muslimischen Gemeinden und Vereinen. Hinzu kommen nicht immer ausreichende sprachliche und institutionelle Kenntnisse, die den Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen zusätzlich erschweren.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Magistrat, die Integrationsabteilung des Einwohner- und Integrationsamt der Landeshauptstadt Wiesbaden bei dem Vorhaben das Projekt „MUSE - Muslimische Seelsorge in Wiesbaden“ einzurichten.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt mit der Zielsetzung des Projektes überein, damit der Aufbau einer institutionalisierten, kultursensiblen muslimischen Seelsorge mit Unterstützung von dafür qualifizierten Laienhelfern durchgeführt werden kann.

Deshalb begrüßt die Stadtverordnetenversammlung die dazu eingereichte Bewerbung zur finanziellen Unterstützung beim Europäischen Integrationsfonds und bittet den Magistrat im Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Integration über den Stand der Bewerbung zu berichten.

Der Magistrat wird gebeten nach dem Bescheid der Europäischen Union ein Finanzierungskonzept vorzulegen, das die Einrichtung und Durchführung des Projektes „MUSE - Muslimische Seelsorge in Wiesbaden“ sicherstellt.

7. 08-F-25-0075

Verbesserung der Schienenanbindung Wiesbadens

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 04.06.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Mit der Fertigstellung der Nebenbaustrecke Köln - Frankfurt wurde die Landeshauptstadt Wiesbaden an das ICE-Netz ausreichend angeschlossen.

Mittlerweile wird dieses Angebot jedoch Stück für Stück zurückgenommen, obwohl die Landeshauptstadt Wiesbaden mehrmals gegenüber der DB und dem Vorstand der DB interveniert hat. Entsprechende Bemühungen des Magistrats und des Oberbürgermeisters, die bisherige Anbindung Wiesbadens aufrecht zu erhalten, hatten bisher nicht den gewünschten Erfolg. Die DB blieb bei ihrer Vorgehensweise.

Dadurch fehlt für die Landeshauptstadt Wiesbaden eine adäquate Anbindung an das DB-Fernstreckennetz mit allen negativen Folgen. Dies ist insbesondere für die Pendler mit Nachteilen verbunden.

Da offensichtlich die DB Fernverkehr nicht bereit ist, die berechtigten Interessen der Landeshauptstadt Wiesbaden zu berücksichtigen, sind Alternativlösungen zu prüfen.

Unter Berücksichtigung dieser Vorbemerkungen wird das Projekt „Wallauer Spange“, das die fehlende Verbindung zwischen dem Abzweig von der Neubaustrecke Köln-Rhein-Main nach Wiesbaden in Richtung Frankfurt bilden und somit Wiesbaden, den Flughafen und Frankfurt besser verbinden soll, als eine realistische Möglichkeit angesehen, die Anbindung Wiesbadens an das Fernstreckennetz sicherzustellen.

Der Magistrat wird gebeten,

- 1.) das Projekt „Wallauer Spange“ voranzutreiben
- 2.) in diesem Zusammenhang eine Überprüfung der Verkehrswertuntersuchung und der Machbarkeit zu veranlassen. Dabei soll auch ein Halt im Bereich Delkenheim mit berücksichtigt werden.
- 3.) mit allen Beteiligten (Land Hessen, Rhein-Main-Verkehrsverbund, DB-Fernverkehr) Verhandlungen hinsichtlich der Umsetzung und der Finanzierung aufzunehmen.

8. 08-F-04-0005

Bericht über Tierschutzangelegenheiten in Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE REPUBLIKANER vom 30.05.2008 -

Da die neue Ordnungsdezernentin leider die schriftlichen Anfragen unbeantwortet ließ, sind wir gezwungen, im Rahmen der Parlamentssitzung folgenden Antrag zu stellen:
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat soll berichten:

1. In wieweit obliegt es der Stadt Wiesbaden für die tierärztlichen Behandlungskosten für Wildtiere, die im Zuständigkeitsbereich der Stadt leben, bei Verletzungen oder behandlungsbedürftigen Erkrankungen aufzukommen ?
2. Falls die Stadt nicht in der Pflicht ist, wer ist dann zuständig, vor allem, wenn der TSV die Übernahme ablehnt, er nur für die Aufnahme von Fundtieren zuständig ist ?
3. Entsprechend dem Augsburger Modell werden in Wiesbaden Taubenschläge zur humanen Reduzierung der Taubenpopulation eingerichtet und betrieben.
In Augsburg sowie anderen Städten, werden die Tauben an Orten, an denen noch kein Taubenschlag besteht, aufgrund der Erkenntnisse nach denen die Tiere zur Gesunderhaltung artgerechtes Futter benötigen, unter Aufsicht von autorisierten Mitarbeitern nach Bedarf gefüttert. Weshalb tut man sich in der Landeshauptstadt Wiesbaden mit der Umsetzung dieser erforderlichen Maßnahme so schwer ? Wird es auch wieder 10 Jahre bis zur Umsetzung der Praktiken anderer Städte dauern? Vielleicht ist auch nicht bekannt, daß es keine eindeutige Rechtsgrundlage für ein kommunales Fütterungsverbot gibt.

9. 08-F-07-0021

Sauberkeit in Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 27.05.2008 -

In einer Informationsschrift des Amts für Wahlen, Statistik und Stadtforschung aus dem Jahr 2007 wird eine Umfrage zur Sauberkeit in 15 deutschen Städten einschließlich Wiesbaden wiedergegeben. Wie in allen andern Städten beurteilt eine Mehrheit der Befragten in Wiesbaden die Sauberkeit als eher gut oder sehr gut, über ein Drittel ist der gegenteiligen Meinung. Bei den negativen Einschätzungen wird Wiesbaden nur noch von Köln, Saarbrücken und (knapp) von Frankfurt übertroffen. Eine recht kleine Gruppe (17,7 %) beurteilt in Wiesbaden die Sauberkeit als sehr gut, eine Reihe von andern Städten erhält sehr viel bessere Werte, z. B. Freiburg (37,6 %) und Stuttgart (33,4 %). Verbesserungen der Situation in Wiesbaden sind also durchaus wünschenswert. Wenn es auch Fortschritte etwa in der Innenstadt gibt, so bleiben doch Defizite in bestimmten Bezirken z.B. im Westend, in den Parks, an Haltestellen und bei spezifischen Verschmutzungsarten wie beim „Littering“ (Wegwerfen von Abfall), beim Hundedreck, beim illegalen Spraysen. Das Grundproblem liegt darin, daß auch bei regelmäßigen Reinigungen die Stadt nicht sauber gehalten werden kann, weil ein Teil der Bevölkerung sich nicht an die Regeln hält und so das Ergebnis von Reinigungsaktionen gleich wieder in Frage stellt.

Die Fraktion Bürgerliste hat eine Umfrage bei den Verwaltungen von 15 deutschen Großstädten sowie in Straßburg zu deren Sauberkeitspolitik gemacht. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die zuständigen Behörden die Sauberkeitslage in der Regel als zufriedenstellend einschätzen; es wird aber eingeräumt, daß die Bevölkerung das kritischer sieht. Einige Städte wie Freiburg und Lübeck geben an, daß sie kaum Probleme mit der Sauberhaltung haben. Es existieren unterschiedliche Maßnahmenkataloge.

Überall scheint es funktionierende Reinigungsdienste zu geben. Diese kommen aber nicht so schnell nach, wie es nötig wäre. Die meisten Städte erheben für Verstöße Bußgelder, sind allerdings verschieden unnachgiebig bei deren Eintreibung. Die Verunreiniger müssen in flagranti überführt werden. Wenn uniformierte Kräfte unterwegs sind, läßt sich niemand ertappen, Stuttgart hat ein solches Experiment gemacht. Die zivilen Ordnungskräfte haben es nicht leicht, sie müssen die Ordnungswidrigkeit beweisen und die Täter identifizieren. Diese sind oft uneinsichtig und beschimpfen die Ordnungskräfte, wenn sie nicht sogar handgreiflich werden. Hier sehen Verwaltungen eine Schwierigkeit. Die Stadt Frankfurt (mit einer schnellen Eingreiftruppe für mehr Sauberkeit und Zivilstreifen) geht inzwischen streng gegen Verunreiniger vor, teilweise im 24-Stunden-Dienst.

Mögliche Maßnahmen bei zur Verbesserung der Sauberkeitslage:

1. Prävention durch jugendpädagogische Programme (Mainz). Leitspruch: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ In Kindergärten und Grundschulklassen wird spielerisch das Thema Abfallwirtschaft und Stadtsauberkeit angesprochen, es gibt ein Computerspiel dazu. Mitarbeiter der Entsorgungsbetriebe besuchen die Schulen und erläutern ihre Arbeit. Straßburg praktiziert ähnliches.
2. Beim „Littering“ scheint nur die rigorose Überprüfung durch Zivilstreifen zu helfen. In Straßburg ist jeweils ein Mitglied der Verwaltung mit einem Ordnungshüter in einer Doppelstreife unterwegs, so auch in Münster. Es erfolgt zunächst eine Belehrung, bei Uneinsichtigkeit die Verhängung des Bußgeldes. In Görlitz arbeitet eine Eingreiftruppe TOM (Taktische Operative Maßnahmen), die sich mit Alkoholkonsum von Jugendlichen, „Littering“ und Lärm in der Innenstadt befaßt. In Freiburg gibt es zwar keinen Ordnungsdienst, jedoch einen Scherben-Einsammler-Trupp. Thema Kippen: Frankfurt propagiert die Anschaffung kleiner tragbarer Aschenbecher, ähnlich Pillendosen, sie werden an Kiosken und in Geschäften verkauft.

3. Verschmutzung durch Hundekot. Bereitstellung von Tüten, auch in Grünanlagen, plus Überwachung durch Ordnungskräfte sind die gängigen Vorgehensweisen dagegen. In Straßburg arbeitet die Verwaltung mit den Hundebesitzervereinen zusammen. In Görlitz muß der Hundebesitzer eine geeignete Tüte mit sich führen, auch in Nürnberg existiert eine Hundetütenpflicht.
4. Graffiti. Es gibt Städte, die angeben, damit kein großes Problem zu haben, so Augsburg, Bamberg, Görlitz, Lübeck, Nürnberg. Einige Städte stellen Freiflächen zum legalen Spraysen zur Verfügung, das wird anderswo kritisch gesehen, der Präventionsrat des Landes Hessen führt gewichtige Gründe dagegen an. In einer Reihe von Städten wird die Bekämpfung von Graffiti als wichtige Aufgabe angegangen. Man hat eine Hotline eingerichtet und hält die schnelle Beseitigung für wichtig. In Freiburg müssen die Sprayer bei der Beseitigung mithelfen, in Mainz ist ein Anti-Graffiti-Mobil im Einsatz. München setzt auf innovative Möglichkeiten bei der Bekämpfung der „Graffiti-Kriminalität“, etwa auf das Anti-Graffiti-Mobil. In Frankfurt arbeitet ein „Bündnis gegen Graffiti“ sowie eine „AG Graffiti“ bei der dortigen Polizei, schon das Mitführen von Gegenständen zur Graffitiherstellung ist verboten, man geht rigoros gegen die Sprayerszene vor, Hausbesitzer, die Graffiti entfernen, erhalten Zuschüsse.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie die Sauberkeitslage in Wiesbaden weiter verbessert werden kann, dabei die in andern Städten angewandten Maßnahmen, soweit das noch nicht geschehen ist, zu berücksichtigen, so eine Zukunftsstrategie zu entwickeln und darüber der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

10. 08-F-06-0031

Hartz IV-Beirat

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 03.06.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu berichten, ob es in der Landeshauptstadt Wiesbaden einen Beirat gibt, der den Anforderungen des § 18 SGB II entspricht - insbesondere, ob der Beirat

1. die Arbeitsgelegenheiten nach § 16 SGB II, Abs. 3: Arbeitsgelegenheiten ohne Arbeitsvertrag gegen Mehraufwandsentschädigung („Ein-Euro-Jobs“) genehmigt bzw. genehmigt hat;
2. bei den Arbeitsgelegenheiten auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften zum Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie zur Arbeitssicherheit und Unfallverhütung achtet;
3. in erster Linie das Ziel der Vermittlung Erwerbsloser in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit armutsfesten Löhnen verfolgt und „Ein-Euro-Jobs“ nur als ultima-ratio-Lösung betrachtet, die ausschließlich der Qualifizierung dienen;
4. die Begriffe „zusätzlich“ und „öffentliches Interesse“, die in § 16 Abs. 3 SGB II als Voraussetzungen für Arbeitsgelegenheiten genannt werden, definiert hat;
5. Kriterien erarbeitet hat, anhand derer der angestrebte Beitrag der genehmigten Arbeitsgelegenheiten zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt beschrieben und der diesbezügliche Zielerreichungsgrad nach deren Beendigung gemessen werden kann;
6. die Konsensfindung der beteiligten lokalen Akteure einschließlich der betroffenen Alg-II-Berechtigten anstrebt und als Moderator zwischen dem Amt für Soziale Arbeit, den Trägern der Arbeitsgelegenheiten und den dort nach § 16 SGB II eingesetzten Beschäftigten fungiert;
7. allen Sanktionen nach § 31 SGB II zustimmt bzw. bislang zugestimmt hat;

8. die Erfahrungen mit der praktischen Umsetzung des SGB II ausgewertet und dabei insbesondere
 - a) die durch die Arbeitsgelegenheiten erzielte Integration in den ersten Arbeitsmarkt,
 - b) die dadurch erreichte Unabhängigkeit von weiteren SGB II-Leistungen bzw. den weiteren Bezug von SGB II-Leistungen trotz Beschäftigung (working poor),
 - c) die Verbesserung der Integrationschancen in den ersten Arbeitsmarkt (Zielerreichungsgrad der Arbeitsgelegenheiten) bei nicht erfolgter Integration beachtetund die Ergebnisse dieser Auswertung regelmäßig, aber mindestens zweimal jährlich, veröffentlicht hat;
9. regelmäßig mindestens zweimal monatlich tagt.

Weiterhin soll berichtet werden, welche Personen und Institutionen diesem Beirat angehören und wie häufig und mit welchen Ergebnissen er in den Jahren 2005 bis 2008 zusammengekommen ist.

11. 08-A-02-0016

Wahl von Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss

ANLAGE

12. 08-F-04-0006

Maßnahmen zum Schutz der Jugend vor Alkoholmissbrauch und Abgleiten in die Kriminalität
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE REPUBLIKANER vom 30.05.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert endlich den Schutz der Jugend ernsthaft und dauerhaft durch geeignete Maßnahmen dahingehend zu verbessern, den übermäßigen Alkoholkonsum mit den zu Koma führenden Exzessen sowie die zunehmende Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen in den Griff zu bekommen bzw. zu unterbinden.

13. 08-F-24-0003

Lokale Entscheidungsspielräume und individuelle Hilfen für Arbeitssuchende sichern - Weitere Leistungen nach § 16 Abs. 2 Satz 1 Sozialgesetzbuch II (SGB II) auch zukünftig gewährleisten
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 03.06.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die einengende Position des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu den „weiteren Leistungen“ nach § 16 Abs. 2 Satz 1 im SGB II ab. Die geplante Einschränkung dieser Leistungen auf Einzelfallhilfen und einen engen Katalog ohne Gestaltungsspielraum, widerspricht allen sozialpolitischen Notwendigkeiten und auch der Intention des Gesetzes, Langzeitarbeitssuchenden durch individuelle Hilfen die Chance auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu gewähren.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass in Wiesbaden der sinnvolle und wirtschaftliche Einsatz der Mittel zur Förderung von Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen erfolgt.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass die Möglichkeiten einer aktiven Arbeitsmarktförderung durch die „weiteren Leistungen“ als flexible Instrumente für individuelle Hilfen erhalten bzw. ausgebaut werden müssen.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat auf allen Ebenen dafür einzutreten, dass die restriktive Auslegung der „weiteren Leistungen“ aufgegeben wird.

14. 08-F-25-0077

Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung ausbauen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 03.06.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Viele Eltern mit Kindern unter drei Jahren wünschen sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Neben einer familienfreundlichen Personalpolitik in den Unternehmen, wie z.B. flexible Arbeitszeiten, Unterstützung beim Wiedereinstieg nach der Familienpause, zeitlich befristete Teilzeitarbeitsplätze etc. zählt auch die betriebliche bzw. betrieblich unterstützte Kinderbetreuung, mit individuellen und passgenauen Lösungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Faktoren, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern besser ermöglichen.

Seit Februar 2008 werden kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen des „Förderprogramms Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ durch das Bundesfamilienministerium gefördert, wenn sie für Kinder bis zur Vollendung des dritten Lebensjahr neue, zusätzliche Gruppen für Mitarbeiterkinder schaffen. Das Programm setzt auf eine Kooperation zwischen den Unternehmen und öffentlichen sowie freien Trägern von Betreuungseinrichtungen.

Der Magistrat wird gebeten, durch geeignete Serviceleistungen - z.B. eine zentrale Servicestelle, Informationsflyer etc. - in Kooperation mit dem „Lokalen Bündnis für Familien“ kleine und mittlere Betriebe zu motivieren und zu unterstützen, sich an dem Bundesprogramm „Förderprogramm betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ zu beteiligen.

15. 08-F-25-0079

Chancengerechtigkeit für alle Kinder - Familienunterstützung aus einem Guss

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 03.06.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Hilfebedürftige Familien mit Kindern steht in Wiesbaden ein vielfältiges Angebot von öffentlichen Unterstützungsleistungen auf den Gebieten Betreuung, Erziehung, Bildung und Gesundheit zur Verfügung. Bisher fehlt es allerdings an einem ganzheitlichen Ansatz, der die diversen Beratungs- und Hilfsangebote miteinander vernetzt. Dabei ist eine solche umfassende Vernetzung Voraussetzung dafür, dass die betroffenen Familien von den für sie im Einzelfall adäquaten Angeboten tatsächlich erreicht werden. Dies ist zudem ein entscheidender Beitrag zur Chancengerechtigkeit zwischen Kindern, unabhängig von deren sozialer Herkunft. Dies gilt ganz besonders für die Bildungschancen.

2. Es lassen sich verschiedene Ausprägungen familiärer und sozialer Problemlagen festmachen, bei denen sich jeweils eine unterschiedliche Kombination von Beratungs- und Hilfsangeboten als

adäquat und bedarfsgerecht darstellt. Eine Differenzierung und Standardisierung der individuellen, auf die Lebenslagen der Menschen zugeschnittenen Beratungs- und Hilfsangebote entsprechend der Fallgruppen ermöglicht im Einzelfall eine bedarfsgerechtere Unterstützung der Hilfebedürftigen und einen zielgerichteteren Einsatz von Personal und Transfers.

3. Die Sicherung der Chancengleichheit für alle Kinder und die adäquaten individuellen Unterstützungen können sich nicht ausschließlich auf die Vermittlung von Bildungschancen beschränken, sondern müssen umfassend bei der Sicherstellung des allgemeinen Kindeswohls ansetzen.

4. Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat gebeten, ein Projekt ‚Chancengerechtigkeit für alle Kinder -Familienunterstützung aus einem Guss‘ zu initiieren

Zunächst ist das bestehende Hilfesystem insbesondere Kooperationen und Vernetzungen, systematisch darzustellen. Auf dieser Grundlage ist das zu erarbeitende ganzheitliche Konzept aufzubauen.

Zentrale Elemente in diesem Konzept sollen sein :

- ein ganzheitlicher Ansatz, der alle verfügbaren Angebote zur Betreuung, Erziehung, Gesundheit und Bildung - unabhängig von der Trägerschaft - miteinander vernetzt;
- die Erarbeitung von individuellen und spezifischen Hilfs- und Betreuungsangeboten als Grundlage für die Unterstützungskonzepte im Einzelfall
- für Kinder, die besondere Unterstützung bedürfen (z.B. aufgrund von Entwicklungs-Defiziten) ist eine umfassende präventive soziale Begleitung von Anfang an sicher zu stellen. Besonderer Augenmerk gilt dabei dem Bildungsweg.

Bis Ende des Jahres ist den Gremien der Projektauftrag zur Beschlussfassung vorzulegen.

16. 08-F-25-0080

Spiel(t)räume in der Wiesbadener Innenstadt
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 04.06.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Wiesbaden beschäftigt sich seit einiger Zeit intensiv mit der Neugestaltung und der Aufwertung der öffentlichen Räume und Plätze in der Wiesbadener Innenstadt. Im Zuge des Ausbaus der Fußgängerzone wurden bereits mehrere Spiel - / Aufenthaltsorte für Erwachsene und Kinder (Klangspiel, Brunnen, Futuristisches Sofa) geschaffen. Die Gestaltung der Fußgängerzone soll noch um weitere Angebote für Kinder und um andere Elemente, die die Aufenthaltsqualität erhöhen, ergänzt werden.

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, inwieweit

- 1.) der Innenstadtraum - insbesondere die Fußgängerzone - mit weiteren Spielgeräten / Spielstationen aufgewertet werden kann
- 2.) zusätzliche Sitzgelegenheiten installiert werden können
- 3.) Privatpersonen, Geschäftsleute, Vereine etc. für private Spenden / Sponsoring gewonnen werden können.
- 4.) Bei der geplanten Aufwertung des Innenstadtraums um weitere Spiel-/ Aufenthaltsorte sind Dezernat IV und Dezernat V sowie der jeweils zuständige Ortsbeirat einzubeziehen.

17. 08-F-01-0064

Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue / Bemühungen der KMW AG zur Erlangung eines Gaslieferungsvertrages
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 04.06.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen, was die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG unternommen haben, um die Möglichkeiten eines Gaslieferungsvertrags auszuloten und statt des geplanten Kohlekraftwerkes ein Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk zu betreiben.

Dabei sollen folgende Fragen beantwortet werden:

- Wann und in welcher Form wurden welche potenziellen Gaslieferanten kontaktiert?
- Welche Bedingungen wurden den KMW von den potenziellen Lieferanten genannt, welche Argumente führten zur Ablehnung der jeweiligen Angebote?
- Wie beurteilt der Magistrat die Tatsache, dass in Worms - und in anderen Orten in Deutschland - ein neues Gaskraftwerk geplant wird?

18. 08-V-20-0021

DL 27/08-1 NÖ, 25/08-1 NÖ

Strategische Neuausrichtung der Messe- und Kongressaktivitäten

ANLAGE

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die
Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 06-F-25-0001

DL 21/08-1

Auswirkungen der Studiengebühren in Hessen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 23.05.2006 -

ANLAGE

2. 06-S-00-0006

Beschlussfassung gemäß § 26 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) und § 57 der Ausführungsverordnung zum KWG (Kommunalwahlordnung - KWO) über Gültigkeit und über Einsprüche gegen die Wahlen von
- Stadtverordnetenversammlung
- Ortsbeiräten

ANLAGE

3. 08-A-02-0014

Restmittel der Fraktionen aus den Jahren 2006/2007

ANLAGE

4. 08-A-02-0015

Aufwandsentschädigung - Angemessenheitsbericht

ANLAGE

5. 08-V-10-0010

DL 21/08-4

Ortsverwaltung Biebrich - Sanierung 2. OG

6. 08-V-11-5016

DL 24/08-3, 22/08-3

Finanzielle Auswirkungen der Tarifeinigung für 2008/2009

7. 08-V-20-0003

DL 14/08-2

Investitionscontrolling 4. Quartal 2007

8. 08-V-20-0024

DL 21/08-5

Investitionscontrolling 1. Quartal 2008

9. 08-V-20-0026

DL 24/08-4, 22/08-4

Haushaltsplan 2008 / 2009 - Genehmigungserlasse der Aufsichtsbehörde

10. 08-V-20-0027

DL 21/08-6

Übersicht der durch den Magistrat bis 31.03.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

11. 08-V-20-0028

DL 24/08-5, 22/08-5

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

12. **08-V-36-0012** **DL 21/08-9**
Umweltbewusstsein der Wiesbadener Schülerinnen und Schüler
13. **08-V-40-0012** **DL 21/08-10**
Friedrich-List-Schule - Grundsatzvorlage Sanierung - Freigabe 1. Rate der Kategorie 6
14. **08-V-40-0014** **DL 21/08-11**
Nassauischer Zentralstudienfonds ? IM-Jahresrechnung 2007
15. **08-V-40-0016** **DL 21/08-12**
Theodor-Fliegener-Schule - Bau der Mensa für den Ganztagsbetrieb -
16. **08-V-51-0011** **DL 21/08-13**
Wiesbadener Geschäftsbericht zum SGB II für das 3. Quartal 2007
17. **08-V-51-0022** **DL 24/08-7, 22/08-7**
Berufsbegleitende Qualifizierung für Wiesbadener Erzieherinnen und Erzieher ; (Maßnahme zur Deckung des erhöhten Fachkräftebedarfs für die Arbeit mit Kindern unter drei Jahren)
18. **08-V-51-0023** **DL 25/08-3**
Freigabe von Mitteln für das Skate Kolosseum
19. **08-V-51-0025** **DL 25/08-4**
Freigabe von Mitteln für den Mädchentreff e. V.
20. **08-V-52-0010** **DL 24/08-11, 22/08-11**
Fortführung der Richtlinien zur Förderung des Sports in der Landeshauptstadt Wiesbaden
21. **08-V-66-0317** **DL 25/08-8**
Rheingaustraße - Mittelfreigabe

22. 08-V-67-0006

DL 25/08-10

Sanierung des Hofgutes Fasanerie; Zuschuss an den Förderverein Fasanerie e. V.

Tagesordnung III

1. 07-A-02-0015

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden durch Stadtverordnete und Magistratsmitglieder in Aufsichtsräten oder anderen Einrichtungen öffentlicher und privatrechtlicher Art

ANLAGE

2. 08-A-02-0010

Vorschlagsliste der Landeshauptstadt Wiesbaden für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Amtszeit 2009 - 2013

ANLAGE

3. 08-V-16-0001

DL 25/08-1

Bestimmung von Verwaltungsbeamtinnen oder Verwaltungsbeamten als Beisitzerin bzw. Beisitzer für den Schöffenwahlausschuss

4. 08-V-03-0003

DL 21/08-2

Spielbank Wiesbaden; Ausschreibung der Konzession für die Zeit ab dem 01. Januar 2011

5. 08-V-03-0007

DL 24/08-1, 22/08-1

eGovernment-Vorhaben " Aufbau einer elektronischen Akte bei 51 " ; Zwischenbericht und weitere Vorgehensweise

6. 08-V-08-0005

DL 21/08-3

Bau eines Schulkinderhauses (SchuKi) an der Konrad-Duden-Schule in Wiesbaden-Sonnenberg

7. 08-V-20-0029

DL 21/08-7

Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Eröffnungsbilanz des Eigenbetriebs mattiaqua

8. **08-V-30-0002** **DL 21/08-8**
Vorschlag für die Wahl einer Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden IV.
9. **08-V-33-0001** **DL 27/08-1, 25/08-2**
Neuregelung des Taxiwesens in Wiesbaden
10. **08-V-40-0013** **DL 26/08-2, 23/08-2**
Erhöhung der Schulbaupauschale 2008; Verwendung des Erhöhungsbetrages
11. **08-V-41-0010** **DL 24/08-6, 22/08-6**
Einführung eines Monitoring zur Weiterbildung in Wiesbaden
12. **08-V-41-0013** **DL 27/08-2**
Kultur- und Freizeitpark in Wiesbaden-Südost; Entwurfsplanung
ANLAGE
13. **08-V-51-0015** **DL 21/08-14**
Nachwahlen von zwei stimmberechtigten und eines stellvertretenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
14. **08-V-51-0018** **DL 26/08-3, 23/08-3**
Erweiterung der Kindertagesstätte Mühlthal um eine Gruppe; Hochbau/Einzelmaßnahme
15. **08-V-51-0019** **DL 21/08-15**
WJW-Beschäftigungsprogramm gemäß § 16 a SGB II
16. **08-V-51-0024** **DL 24/08-2 NÖ, 22/08-8**
Bezuschussung einer Kinderkrippe in Trägerschaft der Terminal for Kids gGmbH, Förderung betrieblicher und betriebsnaher Kinderbetreuung in Wiesbaden

17. **08-V-51-0026** **DL 25/08-5**
Freigabe von Mitteln für die Mädchenarbeit in Schierstein-Nord
18. **08-V-51-0028** **DL 25/08-6, 24/08-8 , 22/08-2 NÖ**
Städtische Kindertagesstätte Geschwister-Stock-Platz;
Errichtung eines Provisoriums und eines Ersatzneubaus (Grundsatzvorlage)
ANLAGE
19. **08-V-51-0036**
Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für die Jahre 2009-2013
ANLAGE
20. **08-V-52-0006** **DL 24/08-9, 22/08-9**
Investitionszuschüsse für vereinseigene Sportanlagen in 2008/2009
21. **08-V-52-0007** **DL 24/08-10, 22/08-10**
Sportveranstaltungen von besonderer Bedeutung in 2008/ Förderung des Radsports
22. **08-V-52-0011** **DL 26/08-4, 25/08-7**
Änderung Nutzungsvertrag zur BRITA-Arena
23. **08-V-52-0012** **DL 27/08-3, 26/08-5**
Planungen Platz der deutschen Einheit; Einrichtung einer Projektlenkungsgruppe
24. **08-V-61-0001** **DL 21/08-16**
Bebauungsplan "Dietenmühle" im Ortsbezirk Nordost
- Beschluss über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes -
25. **08-V-61-0004** **DL 21/08-17**
Flächennutzungsplanänderung " Südlich der Waldhofstraße " im Ortsbezirk Mainz-Kostheim;
- Entwurfs- und Offenlagebeschluss -

26. **08-V-61-0005** **DL 21/08-18**

Bebauungsplanentwurf "Steinern Straße - 5. Änderung -
Bereich: Südlich der Waldhofstraße" im Ortsbezirk Mainz-Kostheim

27. **08-V-61-0011** **DL 24/08-12, 22/08-12**

Flächennutzungsplanänderung "Wellritzal" im Ortsbezirk Rheingauviertel / Hollerborn;
- Änderungs-, Entwurfs- und Offenlagebeschluss -

28. **08-V-61-0012** **DL 24/08-13, 22/08-13**

„Wellritzal - 1. Änderung“;
Beschluss über die Änderung des Bebauungsplanentwurfes „Wellritzal - 1. Änderung
(Ergänzendes Verfahren nach § 215 a BauGB)?
Beschluss über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes „Wellritzal - 1.
Änderung“
Beschluss über die Aufhebung und öffentliche Auslegung der Fluchtlinienpläne Wiesbaden
1908/6 und 1921/1

29. **07-V-66-0221** **DL 29/07-6**

Ingwerweg in Wiesbaden-Sonnenberg; Ausbau bis zur Flandernstraße

30. **08-V-66-0209** **DL 24/08-14, 22/08-14**

Verkehrskonzept Heidestock

ANLAGE

31. **08-V-66-0316** **DL 27/08-4**

Fußgängerunterführung am Bahnhofsplatz- Aktualisierung der Gestaltung und Genehmigung
von üpl.-Mitteln

ANLAGE

32. **08-V-66-0318** **DL 24/08-15, 22/08-15**

Frankfurter Straße - Einbau eines Dünnschichtbelages

33. **08-V-67-0004** **DL 25/08-9, 24/08-16 , 22/08-16**

Nerotall-Parkanlagen; Sanierungsmaßnahmen

ANLAGE

34. **08-V-69-0008** **DL 24/08-17, 22/08-17**
Neugestaltung Schulhof Anton-Grüner-Schule, Sanierungsgebiet "An der Bergkirche"
35. **08-V-80-2316** **DL 26/08-6, 23/08-4**
Richtungsentscheidung Städtische Parkhäuser
36. **08-V-80-8005** **DL 24/08-18, 22/08-18**
Beschäftigungsprogramm " Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen " - Friedhofsgruppe
37. **08-V-80-8008** **DL 24/08-19, 22/08-19**
Erweiterung des Beschäftigungsprogramms Logistik-Wissen bei der ebs

Zu diesen Punkten finden Sondersitzungen der Fachausschüsse statt.

38. **08-V-40-0011**
Adalbert-Stifter-Schule; Ausführungsvorlage für den Ersatzbau Grundschule -
39. **08-V-40-0015**
Sanierung der Turnhalle Hafenschule

Tagesordnung IV

1. **08-V-01-0009** **DL 26/08-1 NÖ, 23/08-1 NÖ**
Abrechnung Veranstaltung "IRONMAN Germany 70.3"
2. **08-V-03-0010** **DL 24/08-1 NÖ, 22/08-1 NÖ**
Zusatzvereinbarung ESWE VersorgungsAG und Wivertis GmbH
3. **08-V-20-0009** **DL 20/08-1 NÖ, 18/08-1 , 17/08-6**

Stationäre Altenpflege in kommunaler Trägerschaft

- | | | |
|-----|---|----------------------------------|
| 4. | 08-V-20-0031 | DL 26/08-2 NÖ, 23/08-2 NÖ |
| | Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 4. Quartal 2007 | |
| 5. | 08-V-20-0032 | DL 26/08-1, 23/08-1 |
| | Rhein Main Hallen Betriebsgesellschaft mbH | |
| 6. | 08-V-21-0001 | DL 21/08-1 NÖ |
| | Spenden - Bericht 2007 | |
| 7. | 08-V-62-0006 | DL 21/08-2 NÖ |
| | Baulandumlegungsverfahren | |
| 8. | 08-V-80-2313 | DL 21/08-3 NÖ |
| | Verkauf von Gewerbegrundstücken | |
| 9. | 08-V-80-2315 | DL 21/08-4 NÖ |
| | Vergabe eines Erbbaurechts | |
| 10. | 08-V-80-2320 | DL 25/08-2 NÖ |
| | Vergabe eines Erbbaurechts | |

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

HINWEIS:

Die Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss (TO I / TOP 11) soll vor der Pause stattfinden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin